

Werner Rügemer

## **Privatisierung als neoliberale Staatsumgründung und die Alternative einer kooperativen Ökonomie**

### **I.**

#### **Leitthese zur Frage der Privatisierung**

Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist ein Eckpfeiler der neoliberalen Umgründung des Staates und der Gesellschaft. Diese Privatisierung ist somit auch ein tiefgreifender Mechanismus zur erweiterten und internationalisierten Akkumulation von Profit, zur Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur. Die Kollaboration von Staaten und international operierenden Konzernen nimmt tendenziell die Form der kapitalistischen Selbstverwaltung an. Die Frage, ob staatliches oder privates Wirtschaften besser sei, ist unter den gegenwärtigen Bedingungen eine neoliberale Fangfrage. Es kommt vielmehr darauf an, in jeder Rechtsform die demokratische Kontrolle des Eigentums zu organisieren; dies ist nur möglich unter der Bedingung einer kooperativen Ökonomie.

### **II.**

#### **Privatisierung als globale Gegenreform**

Privatisierung ist ein konstitutives Element der Globalisierung. Zum einen handelt es sich um die Rückeroberung verlorenen Terrains: Nicht nur der Sozialismus hatte seit dem Ersten Weltkrieg der profitablen Kapitalverwertung bestimmte Grenzen gesetzt; im Reformkapitalismus waren die Verstaatlichungen (Bahn, Luftfahrt, Gesundheit usw.) und staatlichen Regulierungen (USA: New Deal, Kartellrecht, Börsenaufsicht, Mitbestimmung usw.) ebenfalls Eingriffe in die kapitalistische Freiheit. Zum anderen hatte die staatliche und kommunale Daseinsvorsorge Leistungsbereiche erschlossen, die für Millionen Bürger lebensnotwendig wurden (Wasser, Abwasser, Elektrizität, Nahverkehr, Bildung, Ausbildung usw.), brachte aber keinen Profit, sollte ja auch keinen Profit bringen. Diese Leistungsbereiche nun aber endlich (wieder) der Kapitalverwertung zu unterwerfen, verspricht einen sicheren Profit, wie er in der krisengeschüttelten, globalen Wirtschaft sonst kaum so dauerhaft möglich ist.

Die gegenwärtige Globalisierung stellt also eine Gegenbewegung, ja eine Gegenreform dar, eine Rückeroberung verlorenen Terrains, eine globale reconquista. Bei dieser Gelegenheit werden zugleich neue Terrains entdeckt, die es sich mitzuerobern lohnt, notfalls mit militärischer Gewalt. Wie bei der Reconquista nehmen die Akteure Kollateralschäden jeder Art in Kauf (je nach Gebiet Tote, Hungernde, Arbeitslose, Verarmte, Degradierete). Das Ziel heiligt die Mittel. Das eroberte Terrain bleibt, wenn die politischen Umstände es erlauben, notfalls als Wüste oder als Sonderwirtschaftszone zweiter Klasse zurück, die Mehrheit der Einwohner wird mit neuen Abgaben und Lasten überzogen, während die Profite höher sind oder sein sollen als im bisherigen Kapitalismus. Insofern geht Privatisierung einher mit anderen Formen der Superakkumulation (Hedgefonds, Private Equity), die den bisherigen, relativ regulierten Aktien-Kapitalismus („shareholder value“) hinter sich lassen.

### **In Deutschland Beginn mit der „Treuhand“**

„Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren“, hieß es in § 1 des Treuhandgesetzes, mit dem im Juni 1990 die Treuhandanstalt Eigentümerin des DDR-Vermögens wurde. Unter der Hand und am Gesetz vorbei kam eine neue Akteursgruppe an die Schaltstellen: Die Berater. Vertreter von McKinsey und Roland Berger sowie der Wirtschaftsprüfer KPMG und Price Waterhouse Coopers (PWC) bildeten den Leitungsausschuss der Treuhand. Sie zogen mit politischer Hilfe die großen Projekte an sich, schalteten den Wettbewerb aus und bewerteten im Interesse ihrer langjährigen Mandanten das öffentliche Eigentum zum Schleuderpreis.

So gingen die wichtigsten Handelsketten, Energieunternehmen, Zeitungen, Versicherungen und Banken an die größten Unternehmen derselben Branchen aus dem Westen. Die größten Energiekonzerne rafften sich die Strom- und Gasversorgung und die Braunkohle. So verschaffte die Treuhand auch den Investmentbanken den Eintritt in Deutschland. Vor allem US-Banken wie Goldman Sachs, Morgan Stanley und J. P. Morgan arrangierten die großen Privatisierungen, z.B. des Leuna-Kombinats.

So wurde verkauft zu „negativen Verkaufspreisen“: Häufig wurden Betriebe für eine symbolische Mark verkauft, und die Treuhand gab Zuschüsse, zahlte einen „Verlustausgleich“, übernahm Schulden und Abfindungen. Es wurden auch Betriebe aufgekauft, um sie stillzulegen. Manchen Experten

fiel dieses „an sich“ marktwidrige Vorgehen auf: „Was juristisch noch als Verkauf bezeichnet werden mag, ist ökonomisch ein Geschenk“.

Mitarbeiter von Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, VEBA, PreußenElektra, ARAG, IBM, Siemens, Hoesch, Kaufhof, Tchibo, Reemtsma wurden Mitarbeiter der Treuhand. Etwa 300 von ihnen blieben als "Leihmanager" bei ihren Unternehmen angestellt. Korruption wurde als Kavaliersdelikt betrachtet. Das Finanzministerium unter Theodor Waigel (CSU) stellte die leitenden Angestellten "auch bei grober Fahrlässigkeit" von Haftungen frei. Investoren galten unbesehen als Heilsbringer. Glaubwürdigkeitsprüfungen unterblieben.

Es entstand ein rechtsfreier Raum. In ihm konnte sich die neoliberale Praxis so selbstverständlich entfalten, als hätten die Akteure nie etwas anderes getan. So wurden die neuen Bundesländer zu einer Region der "verlängerten Werkbänke". Sie haben keine eigene Forschung und Entwicklung, keine Verkaufs-, Beschaffungs-, EDV- und Acquisitionsabteilung (mehr). Damit sind ihnen Voraussetzungen unternehmerischer Selbständigkeit genommen. Somit wurde nicht die Marktwirtschaft etabliert, sondern es wurde und wird eine Sonderwirtschaftszone für global players subventioniert.

Aus dem anfangs geschätzten Wert aller DDR-Betriebe von 600 Mrd. DM wurden nach der Privatisierung 256 Milliarden DM Schulden. Sie wurden in den Bundeshaushalt übernommen. Nach der Beendigung der Treuhand 1994 bauten und bauen unter ähnlichen Bedingungen VW, Opel, General Motors, Siemens, BMW, Porsche, Bombardier usw. billige "Werkbänke". Nicht die Treuhand zahlt seitdem die Zuschüsse für Neugründungen, sondern die Bundesregierung, die jeweilige Landesregierung und die Europäische Union. Dies gilt auch für gegenwärtige Investitionen wie das neue Chipwerk von AMD in Dresden: Der Investor bringt nur ein Drittel der Investition auf und hat bereits angekündigt, dass er nach einem Jahrzehnt das Werk in ein anderes Land verlagern wird, wenn ihm dort bessere Bedingungen gestellt werden.

Zuschüsse, Fördergelder, Investitionsbeihilfen, Sanierungsbeihilfen, Konsolidierungshilfen, Steuerbefreiungen, subventionierte Grundstücke - die offenen und vor allem die verdeckten Profit-Subventionen haben viele Namen. Der Kern der „Privatisierung“ ist also nicht, wie behauptet wird, die private Rechtsform, auch nicht die Freisetzung des Marktes, des Wettbewerbs und des unternehmerischen Risikos, sondern der staatlich zu garantierende Superprofit.

### Ein Beispiel unter vielen: Zweckverband Beilrode-Arzberg

1994 kaufte die Vertriebs- und Konzeptionsgesellschaft für Immobilien- und Fondsanlagen GmbH (VIA, Dortmund) die Wasser- und Abwasseranlagen des Zweckverbandes Beilrode-Arzberg bei Torgau in Sachsen. Der Investor VIA, verbunden mit RWE, sollte die Anlagen gegen Entgelt betreiben. VIA hatte bei 441 Anlegern (Professoren, Unternehmern, Steuerberatern, Zahnärzten usw.) 20 Millionen Euro eingeworben und versprach ihnen bei einem Kapitaleinsatz von 100.000 Euro während der 20 Jahre Laufzeit einen Mittelrückfluss von 460 000 Euro. Die Rendite setzt sich zusammen aus Steuerabschreibungen, Gewinnausschüttungen und einer Leibrente. VIA selbst kassiert eine Provision von 15 Prozent.

Die Anlagen sind allerdings auf einen illusionären Wasserverbrauch hin zu groß gebaut. Der Zweckverband hat deshalb zu geringe Einnahmen und kann dem Investor die Betreiberentgelte nicht bezahlen, eigentlich. Damit ist auch der Anlegerfonds pleite, eigentlich. Aber die sächsische Staatsregierung organisiert Konkursverschleppung. Sie brachte inzwischen etwa 20 Millionen Euro an «Konsolidierungshilfen» auf. Außerdem verpflichtet die Landesregierung den Zweckverband, die Preise für Wasser und Abwasser sowie die Grundgebühr pro Anschluss laufend zu erhöhen. Das Wasser kostet schon jetzt 4,17 Euro pro Kubikmeter, beim Abwasser sind es 7,28 Euro. Auch diese Preise sind längst nicht kostendeckend. Weiter müssen die Mitgliedsgemeinden des Zweckverbands pro Einwohner und Jahr eine zusätzliche Umlage von 25 Euro aufbringen, ab 2007 sind es 50 Euro.

Die Zuschüsse für Jugendclubs und Vereine aller 12 Gemeinden und Ortsteile sind auf 5000 Euro jährlich eingefroren. Von den Einwohnern werden Anschlussgebühren von bis zu 50000 Euro pro Haus verlangt - auch wenn das Haus selbst nur einen Marktwert von 30000 Euro hat. Die Einwohnerzahl fiel von 8100 auf jetzt 7400. Unternehmen wandern ab. Diese Privatisierung zeigt beispielhaft, dass ein wesentlicher Teil der «Transferleistungen für den Osten» im Osten nur eine Schleife zieht und bei den 441 «Investoren», bei VIA und RWE im Westen landet. Die Investoren haben sich nie vor Ort sehen lassen, die Heilsbringer verharren in machtgeschützter Anonymität.

Es gibt viele Beilrode-Arzberg in Deutschland, im Osten und im Westen. Staat, Kommunen, die Bürger als Beschäftigte, Nicht-mehr-Beschäftigte und Konsumenten subventionieren mithilfe kapitalfreundlicher Politiker - teilweise sind sie zusätzlich bestochen - die kapitalistischen Profite.

## Die Bundesunternehmen Post und Bahn

Die 1995 aus der Deutschen Bundespost ausgegründete Deutsche Post AG wurde 2000 an die Börse gebracht. Der Vorstandsvorsitzende Klaus Zumwinkel, von McKinsey kommend, baut das Unternehmen um. So wurden zwischen 2001 und 2003 die ausgewiesenen Gehälter der Vorstandsmitglieder von 5,8 Millionen auf 9,925 Millionen fast verdoppelt. Im selben Zeitraum wurde die Zahl der Beschäftigten durch Unternehmensaufkäufe von 321.000 auf 383.000 erweitert. Die für sie insgesamt entrichteten Sozialabgaben sanken aber von 2,67 Mrd. auf 2,4 Mrd. Euro. Zahlreiche Vollzeit-arbeitskräfte werden durch Leiharbeiter, Teilzeitjobber, Niedriglöhner, out-sourcete Ich-AGs und Saisonkräfte ersetzt.

Gleichzeitig wird die internationale Expansion vorangetrieben. Konkurrenten wie Danzas (Schweiz/Frankreich) und DHL (USA) wurden aufgekauft. Die Post AG kaufte sich in ebenfalls privatisierte chinesische, britische, österreichische usw. Postgesellschaften ein. Die Qualität der Postdienstleistungen hat sich für die Kleinkunden verschlechtert, während für umworbene Großkunden Rabatte gewährt werden. Im Massengeschäft werden wachsende Verluste von Sendungen als unvermeidbar hingenommen.

1993 wurde die Bundesbahn zunächst in die Bahn AG umgewandelt, die bis heute zu 100 Prozent im Besitz des Bundes ist. Gefördert wird in Konkurrenz mit dem Flugzeug der schnelle Verkehr zwischen den großen Städten. Lag die Bahnhofsdichte 1966 in Westdeutschland noch bei 4,1 Kilometern, so findet sich im Jahr 2004 entlang des drastisch gekürzten Schienennetzes nur noch alle 7 Kilometer ein Bahnhof. Seit der Privatisierung geht der Schienenverkehr zurück, die Fahrpreise steigen. Noch mehr Menschen kaufen sich teure Autos.

Die privatisierte Bahn verlangt und erhält weiter staatliche Zuschüsse. Sie selbst treibt vor allem den Verkehr auf den Straßen voran. Mit dem Aufkauf von Speditionsunternehmen wie Schenker entwickelte die Bahn AG sich zum größten LkW-Spediteur. Für Konzerne wie Eon und für die Bundeswehr betreibt die Bahn AG die PkW-Flotten. Die Tatsache, dass der Staat Alleineigentümer ist, hindert das Unternehmen nicht daran, das volle neoliberale Programm durchzuführen.

In ähnlicher Weise ist auch die Telekom AG zu bilanzieren. Die neoliberalen essentials - internationale Expansion, internationale Aktionärsstruktur, Reduzierung des Personals, höhere Bezahlung der Manager, niedrigere Bezahlung der sonstigen Beschäftigten, Zuschüsse vom Staat - waren und

sind auch bei der Telekom nicht an die Rechtsform gebunden. Obwohl die privatisierten Unternehmen Post, Bahn und Telekom das gesamte Vermögen der Bundespost erhielten, nimmt ihnen der Staat die Pensionen und Beihilfen ab. So werden aus dem Bundeshaushalt für 227000 frühere und häufig frühverrentete Beschäftigte (und deren Hinterbliebene) der Bundespost im Jahre 2005 Versorgungszahlungen von 5,5 Mrd. Euro fällig. 2034 erreichen sie mit 13 Mrd. vermutlich ihren Scheitelpunkt. Bis 2090 werden sie sich etwa, nach heutigem Stand, auf 555 Mrd. Euro aufsummieren.

Die Privatisierer hatten versprochen, dass die Pensionslasten durch spätere Aktienverkäufe gedeckt würden. Davon ist nicht mehr die Rede. Die letzten Aktien der Post und der Telekom, die 2005 verkauft wurden, brachten fünf Mrd. Euro ein. Sie sollen zudem wie die vorherigen Verkäufe die Neuverschuldung des Bundeshaushalts begrenzen. Die private Seite kennt dagegen Gewinner. Die Vorstandsmitglieder, einschließlich des mit einem „goldenen Handschlag“ ausgeschiedenen Telekom-Vorstandsvorsitzenden Ron Sommer, und die Topmanager verdienen mehr als frühere Postminister. Die Organisatoren der Börsengänge - Deutsche Bank, Dresdner Bank, Goldman Sachs, UBS - verdienen bis zum Verkauf der Restaktien des Bundes mehr als eine Milliarde.

### **Private Zusatzleistungen für Renten, medizinische Versorgung, Studium, Straßenbenutzung ...**

Die US-Ratingagenturen Moody's und Standard & Poor's verlangen für die Kreditfähigkeit der Bundesrepublik die «Strukturreform» der Sozialsysteme, die "Senkung der Lohnnebenkosten" und eine "stärkere Differenzierung der Löhne", wenn das bisherige Rating «Triple A» beibehalten werden soll. Das zeigt, dass Privatisierung nicht zuletzt von den Interessen derer getrieben ist, die an der Staatsverschuldung verdienen.

Löhne und Gehälter sowie Ausgaben für soziale Sicherung und Gesundheit werden unter dieser Perspektive als "Kosten" betrachtet, die natürlich immer zu hoch sind. Beitragsanteile, die bisher im Reformkapitalismus von den Unternehmen in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt wurden, können seit der "Rentenreform 2000/2001" von den Lohn- und Gehaltsempfängern in eine private Versicherung eingezahlt werden. Dies ist aber gerade für diejenigen keine Hilfe, die eine solche am dringendsten brauchen. Wer wenig verdient oder nur Einkünfte zum unmittelbaren Überleben hat, kann kaum nennenswerte Beträge in eine zusätzliche Versicherung einzahlen, und die steuerliche Anrechenbarkeit der Beiträge nützt

nichts. Die steuerliche Förderung der Renteneinzahlungen der Besserverdiener bedeutet zugleich einen weiteren Dauerverlust für den Staat.

Nach dem Vorbild der Rentenreform müssen die Versicherten auch bei der Gesundheitsreform mit dem Hinweis auf «Selbstverantwortung» und «Eigenbeteiligung» verschiedene private Zuzahlungen leisten. Die verkündeten Senkungen der Beitragssätze in der Krankenversicherung erweisen sich für die Versicherten als Etikettenschwindel: die Eigenbeteiligungen bei Medikamenten und bestimmten Behandlungen, der Sonderbeitrag für Zahnersatz sowie die Praxisgebühr von 10 Euro pro Quartal usw. summieren sich auf einen viel höheren Betrag als die Beitragssenkungen.

Als Begründung für diese "Reformen" dient der "demografische Wandel". Freilich wird dabei eine parallele Entwicklung ausgeblendet: gleichzeitig steigen nämlich die Arbeitsproduktivität und der in der Gesellschaft vorhandene Reichtum, und zwar noch schneller als sich die Alterung der Gesellschaft vollzieht. Die Folgen des demografischen Wandels werden damit also, volkswirtschaftlich gesehen, mehr als kompensiert. Die "Reform" erweist sich als ein Element der verschärften Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitsertrags zugunsten der Unternehmer, Versicherer und sonstigen Kapitalakteure.

Auf den Autobahnen wurde eine Maut für Lastkraftwagen eingeführt (Toll Collect). Die wesentlichen Teile des Vertrags zwischen Staat und dem Konsortium aus Telekom, DaimlerChrysler und Cofiroute/Vinci bleiben selbst den Abgeordneten des Bundestages unbekannt. Eine öffentliche Ausschreibung fand nicht statt. Der Vertrag wurde in der Schweiz abgeschlossen, weil in der „renommierten“ und für ihre Basisdemokratie weltweit gerühmten Finanzoase nicht die Verträglichkeit mit nationalem und internationalem Recht geprüft wird. Die Verwertungsrechte nach Auslaufen des Vertrags im Jahre 2012 liegen einseitig auf der privaten Seite. Die Privatisierer wollen weitergehen: privat gebaute Straßen und Tunnels sollen ihnen zu Mauteinnahmen verhelfen, die sie dann nicht mehr mit dem Staat teilen.

Einige Bundesländer haben Studiengebühren eingeführt. Die neugewählte CDU/FDP-Landesregierung von NRW beschloss 2005 aber gleichzeitig, die Eigenbeteiligung der vor allem kirchlichen Privatschulen herabzusetzen. So erhalten die 422 Privatschulen des Bundeslandes trotz eines "rigorosen Sparprogramms » schon für das Restjahr 2005 zusätzliche Zuschüsse. Das ist nur scheinbar ein Widerspruch: Privatisierung bedeutet, das schon privilegierte Milieu und dessen Fußtruppen zu stärken und die soziale Auslese voranzutreiben.

### Subventions-Kapitalismus

Eine weitere Form der Privatisierung ist das Cross Border Leasing. Seit 1994 haben große europäische Städte Straßenbahnen, Schienennetze, Messehallen, Kanalisationen, Kraftwerke usw. an US-Investoren für 99 Jahre verkauft und mieten sie seitdem zurück. Die Anlagen dürfen im Wert nicht vermindert werden, dürfen also beispielsweise auch bei Sinken des Bedarfs nicht rückgebaut werden. Die Städte erhielten anfangs einen einmaligen, kleinen «Barwertvorteil», während die Investoren die Anlagen steuerbegünstigt abschreiben. Nach etwa 25 Jahren können die Städte den Vertrag kündigen oder in einen Dienstleistungsvertrag einsteigen. Danach ginge das Eigentum ganz an den Investor, und er könnte für die restlichen gut 70 Jahre der Laufzeit die Anlagen dauerhaft nach Renditekriterien betreiben. Diese Privatisierung im dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts schwebt als Möglichkeit über dem kommunalen Eigentum.

Eine verbreitete Form, die gegenwärtig mit dem Begriff Public Private Partnership identifiziert wird, ist die Beauftragung eines privaten Investors: Er errichtet oder saniert öffentliche Gebäude, die Kommune und der Staat mieten sie für 20 oder 30 Jahre an. Gut dokumentierte Projekte wie die KölnArena und das Kölner Rathaus, die Kölner Messehallen, das Rathaus von Gelsenkirchen und das Frankfurter Bildungszentrum Ost zeigen, wie die erheblichen «Softkosten» des Investors (für Berater, Finanzierungsvermittlung, Projektentwicklung usw.) und ihm gewährten Freiheiten die Kosten für die öffentliche Hand - im Vergleich zu einer eigenen Finanzierung - verdoppeln können. Die jahrzehntelangen Mietverpflichtungen kommen verdeckten Krediten gleich. Hinzu kommen Steuerausfälle für den Staat, da die für die Finanzierung der Projekte aufgelegten Fonds Verlustzuweisungen organisieren.

Im nicht veröffentlichten Teil der Verträge können es die Investoren seit der Treuhand und wie bei der Post durchsetzen, dass der Staat für Verluste aufkommt bzw. Gewinne garantiert. Bekannte Beispiele sind neben den Abfallgesellschaften die Berliner BankGesellschaft und die Berliner Wasserbetriebe. So zahlt der Berliner Senat aus dem überschuldeten Landeshaushalt, den er durch den Verkauf von 49 Prozent der Berliner Wasserbetriebe sanieren wollte, laufend Millionenbeträge an die Investoren RWE und Veolia, um ihnen den vereinbarten Gewinn zu verschaffen. Landesparlament und Landesregierung (Senat) haben nur noch die Möglichkeiten zu wählen, ob die Gewinnsubvention durch Erhöhung der Wasser- und Abwasserpreise oder durch direkten Griff in den öffentlichen Haushalt aufgebracht wird.

### III.

#### **Kapitalistische Selbstverwaltung hebt die Demokratie aus**

«Die deutsche Wiedervereinigung, dieser Glücksfall der deutschen Geschichte, hat sich ökonomisch als Desaster erwiesen», so wird offiziell und widersprüchlich bilanziert. Was bei der Privatisierung der DDR für die privatkapitalistische Seite ein Glücksfall ist, erweist sich für die Mehrheit der Noch-Beschäftigten und Nicht-mehr-Beschäftigten und Transferempfänger als Unglücksfall. Dieses Muster wiederholt sich im vereinigten Deutschland. „Ordnungspolitisch war die Privatisierung der Post richtig, haushaltspolitisch entwickelt sie sich zum Super-GAU“, so die Diagnose des CSU-Haushaltssprechers im Bundestag. Die Privatisierer sind überglücklich, während der Staat, die Lohnabhängigen und die Konsumenten durch Privatisierung mehr belastet werden denn je. Privatisieren geht vor Sanieren - auch im Westen. Der Privatisierungs-Kapitalismus erweist sich als Subventions-Kapitalismus. Entgegen der Ideologie wachsen Staat und Kapital enger zusammen denn je: Es entwickelt sich die Selbstverwaltung des Kapitals.

Rechnet man die verschiedensten finanziellen Folgen der Privatisierung zusammen, kommt man auf erhebliche Beträge. Zu Lohnkürzungen in privatisierten Unternehmen kommen niedrigere Leistungen der Sozialkassen. Dazu kommen Preis- und Gebührenerhöhungen, Zuzahlungen, zusätzliche private Versicherungen. Der Staat verliert Steuern, zahlt vielfältige Profitsubventionen, nimmt gleichzeitig verdeckte Kredite auf - und «muss» in dieser Logik die Steuern (direkte und vor allem indirekte) für die Lohn- und Gehaltsempfänger erhöhen.

Die Privatunternehmen wollen das Eigentum an Bahnen, Stadtwerken, Straßen, Tunnels, Krankenhäusern, Rathäusern, Regierungsgebäuden, Trinkwasserleitungen und Kanalisationen. Nur bei vollem Eigentum können Maximalprofite „erwirtschaftet“ bzw. erzwungen werden. Das heißt aber andersherum: Öffentliches, gemeinsames Eigentum ist nötig, um der Bevölkerung sichere Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Öffentliches Vermögen, das zum Teil über ein Jahrhundert lang aufgebaut wurde - darunter Kanalisationen, Energie- und Kommunikationsnetze, Trinkwasser- und Transportsysteme, Stadtwerke, Schulen, Hochschulen, öffentliche Gebäude, Wohnungsgenossenschaften - wird kurzfristig unter Wert verschleudert. Gleichzeitig dienen diese Vermögen den Kapitalakteuren als Basis langfristiger Sicherheiten, etwa durch Verbriefung und Forde-

rungsverkauf. Damit werden die bisherigen, relativ demokratischen Prozeduren ausgehöhlt oder ausgehebelt. Es herrscht eine extreme Geheimhaltung, mit der Begründung, Betriebsgeheimnisse müssten geschützt werden. Den politischen Beschlussgremien - in Deutschland Bundestag, Landtage, Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte - werden die vollständigen Privatisierungsverträge nicht vorgelegt, sie liegen auch den Aufsichtsgremien, beispielsweise der Kommunalaufsicht und den staatlichen Rechnungshöfen, nicht vor.

Es werden nicht nur die „Sozialpartnerschaft“ und der „Sozialstaat“ bisheriger Form abgebaut bzw. zerstört, sondern auch der Rechtsstaat: Das Recht stützt einseitiger als bisher die Rechte der „Investoren“, während die Entgelt- und Transfer-Abhängigen noch weniger Rechte und noch weniger Einkommen erhalten. Die neoliberalen Akteure sehen sich berechtigt, offen und im Geheimen geltende Gesetze zu übertreten. „Corporate Crime“ ist eine systemische Dimension der neoliberalen Privatisierung. Leistungen werden teurer, Schattenhaushalte blühen auf, die Staatsverschuldung wächst zusätzlich und weit in die Zukunft hinein, das Leben der Mehrheit wird unsicherer und prekärer, die Demokratie wird zur demagogischen Fassade.

#### IV.

#### **Die kooperative Ökonomie entwickeln**

Privatisierung ist keineswegs zu kritisieren, weil sie eine „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ darstelle, wie es in sogenannter kritischer Absicht etwa der Philosoph Habermas ausdrückt. Diese in bildungsbürgerlichen und traditionell kulturbeflissenen Milieus verbreitete Auffassung ist ebenso elitär wie falsch. Sie gehört zur Doppelmoral, wie sie seit dem humanisierenden Nationaldichter Johann Wolfgang von Goethe, der sein Geld weniger schön als herzoglicher Geheimrat und Bauernschinder verdiente, in Deutschlands gutbürgerlichen Milieus eingeübt wird und bis heute wirksam ist bzw. konjunktur- und krisenbedingt aus der geistigen Mottenkiste geholt werden.

Jedes Lebensmittel im weitesten Sinne, auch jede soziale und kulturelle Leistung muss erwirtschaftet werden. Kein Lebensbereich ist ohne Ökonomie lebensfähig. Aber die entscheidende Frage ist, wie die Menschen das Erwirtschaften ihrer Lebens-Mittel organisieren. Ein „gutes Leben“ für alle ist nur dann möglich, wenn die Unterwerfung unter privatistische Profit-

wirtschaft beendet und eine kooperative Ökonomie entwickelt wird. Diese steht keineswegs im prinzipiellen Gegensatz zu „Wettbewerb“. Der offene Wettbewerb um die beste Leistung ist nicht zu verwechseln mit einer Marktordnung, die aus ihrer inneren Logik heraus zur Monopolbildung drängt. Diejenigen, die heute den Wettbewerb predigen, sind dessen unglaublichste Vertreter, denn sie wollen in und mit ihren Konzernen und Staatsapparaten jeweils die „Nummer Eins“ sein und treiben Monopolbildungen voran. Sie fördern nicht den Wettbewerb, sondern vernichten bzw. kaufen jeden wichtigen Wettbewerber.

### **„Staatlich oder privat?“ – eine neoliberale Fangfrage**

Dabei bringt die Frage, ob eine kooperative Ökonomie „staatlich“ oder „privat“ organisiert sein soll, zunächst keine Klärung. Die weitgehend staatlich organisierte Ökonomie in faschistischen und faschistoiden Staaten forcierte und forciert die krudesten privatnützigen Interessen und Praktiken. Für Kapitalisten sind Diktaturen eher die beliebtere Staatsform als Demokratien.

Rein rechtlich gesehen, können sich Aktionäre auch für neue Arbeitsplätze, für umweltverträgliche und nachhaltige Produktion entscheiden und im Extremfall auf die Ausschüttung von Gewinn verzichten. Auch „Privatisierung“ ist nichts Eindeutiges: Das vorherrschende Konzept der Privatisierung orientiert sich an der freien Entfaltung großer Investoren. Privatrechtliche Assoziationen von unabhängigen und selbständigen Bürgern – beispielsweise in Genossenschaften – werden dagegen sowohl von Konzernen wie von staatlichen Behörden diskriminiert.

Deshalb darf man auch Theorie und Praxis des Neoliberalismus nicht als deckungsgleich annehmen. Die Privatisierer sind wie die Kreuzritter des Mittelalters und spätere „westliche“ Eroberer: Die trugen die christliche Fahne voran, weil dies als ein unwiderlegbares Symbol erschien, das jede Grausamkeit und jeden Raub rechtfertigte. Auch der Faschismus funktionierte insgesamt und wirtschaftlich nicht deshalb, weil alle Unternehmer als Mitglieder der NSDAP „überzeugte Nationalsozialisten“ gewesen wären, sondern weil sie Opportunisten waren, denen die eigentlich verteilte staatliche Organisation des Faschismus den höchsten Gewinn und die höchste Gewinnsicherheit versprach. Auch der heutige Kapitalismus wird u.a. durch christliche genannte Parteien, Kirchen, Organisationen, Symbole, Glaubensbekenntnisse, Theoreme zusammengehalten, ohne dass die profitierenden Akteure „überzeugte Christen“ sind. Genauso polemisieren sie

gegen den Staat, instrumentalisieren ihn aber finanziell und politisch mehr denn je.

Die zahlreichen Formen der Privatisierung zeigen: Es gibt nicht die Privatisierung, es gibt nicht den Kapitalismus. Der Kapitalismus bzw. die ihn bestimmenden Kapitalgruppen sind anpassungs- und gestaltungsfähig. Bekanntlich stiegen die Löhne im Herzen des Kapitalismus zwischen Chicago, Manchester, Köln und Turin am kräftigsten, als der Sozialismus, der damit scheinbar gar nichts zu tun hatte, am kräftigsten war. Das war zwischen 1960 und 1970, In dieser Zeit waren auch die Gewerkschaften, sozialistische und kommunistische Parteien in den kapitalistischen Staaten am stärksten. Da wurden selbst die härtesten kapitalistischen Knochen weich: Die Republikaner in den USA und die Torys in England und auch die Christdemokraten in Deutschland chamäleonisierten sich sozialdemokratisch, jedenfalls solange sie sich dazu gezwungen glaubten.

Es ist keineswegs so, wie die gegenwärtigen Regierungen der mächtigsten Kapitaldemokratien behaupten, dass Kapitalismus und Demokratie eine notwendige oder gar „natürliche“ Einheit bilden. Schon die bürgerliche Kapitaldemokratie ist ein Widerspruch in sich. Weil dieser Widerspruch besteht, kann er einmal in Richtung Korporatismus, Faschismus, Nationalsozialismus u.a. ausschlagen, zum andern gibt es immer wieder partielle Entwicklungen in Richtung durchgestalteter Demokratie, in die auch die Ökonomie zumindest partiell einbezogen ist oder sein soll („Mitbestimmung“). Das ist keine Frage der Verfassung: Nach US- wie etwa BRD-Verfassung ist, rechtlich gesehen, auch Sozialismus möglich.

### **Universalismus der Menschen- und Sozialrechte**

Sowohl der bisherige Sozialismus wie die Kapitaldemokratie haben die Demokratie pervertiert. Die sozialistische und die bürgerliche Revolution erwiesen sich schließlich jede für sich als pervertierte Sonderformen der allgemeinen demokratischen Revolution, die epochal notwendig ist. Nötig ist eine globale demokratische Revolution. Statt der Globalisierung des privatistischen Eigennutzes brauchen wir deshalb den Universalismus der Menschenrechte. Zu ihnen gehören soziale und Arbeitsrechte.

Die Wieder-Verstaatlichung und Re-Kommunalisierung, wie sie als Reaktion auf die Folgen der Privatisierung in vielen Staaten und Städten begonnen hat, kann ein erster Schritt auf dem richtigen Wege sein. Er reicht aber nicht, weil die Kosten der Re-Kommunalisierung (noch) von der privaten Seite diktiert werden. Unter den Bedingungen der jetzt praktizierten

Kollaboration zwischen Staat und Privatwirtschaft kann nicht einfach gefordert werden, man müsse die Privatisierungen stoppen oder zurücknehmen und zum alten Zustand zurückkehren.

Bei einer kooperativen Ökonomie geht es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern um sichere Existenz, um Daseinsvorsorge überhaupt. Dies ist umso wichtiger als der vorherrschende Wirtschaftstyp mit Vernichtungs- Investitionen und Privatisierung die Arbeitslosigkeit verstärkt, die Einkommen der Nicht-Arbeitslosen absenkt und die Prekarisierung der Lebensverhältnisse vorantreibt. Deshalb kommt es darauf an, nicht nur wie bisher für „Arbeitsplätze“ zu kämpfen. Vielmehr muss genauso explizit für die gemeinschaftliche Sicherung von Wohnung, Wasser, Abfall- und Abwasserentsorgung, Elektrizität, Gesundheit, Bildung, Transport, Kommunikation, Kultur u.a. als Teil der gemeinschaftlichen Daseinsvorsorge gesorgt werden.

Gerade bei der Daseinsvorsorge ist deutlich, wie entscheidend das Eigentum ist. Es ist unverzichtbar, wenn man gestalten und sein Leben sichern will. Das beginnt in kleinen Formen. „Ein gesicherter Besitz, das Grundstück oder Ackerland, ist das alles Entscheidende“, stellt Hernando de Soto für die „Armen“ fest, die in „armen“ Ländern den Boden, den sie ohnehin bearbeiten, auch rechtlich in Besitz nehmen müssen, wenn sie weitere Rechte, vom Bankkonto angefangen, erhalten wollen. Dasselbe Prinzip gilt auch in entwickelten Staaten. Entgegen dem gegenwärtigen mainstream ist der materielle und kulturelle Reichtum der Gesellschaft, der noch nie so groß war wie heute, in die gemeinsame Gestaltung einzubeziehen: Kooperativ gestalteter Reichtum für alle statt privatistisch-räuberischer Reichtum für wenige.

### **Demokratisch kontrolliertes Eigentum**

Die gegenwärtige Welle der Privatisierung kann nicht aufgehalten oder wirkungsvoll bekämpft werden, wenn nicht auch die vorbereitenden und begleitenden Formen der Privatisierung zurückgedrängt und abgestellt werden, so die privatkapitalistische Finanzierung und Unterwanderung der politischen Parteien und der Medien. Notwendig ist eine durchgreifende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche.

Bei der Frage der öffentlichen Überschuldung herrschen Selbsttäuschungen über Lagergrenzen hinweg. So behaupten etwa Linkskeynesianer, die weitere Staatsverschuldung gehe „schon deshalb nicht zu Lasten künftiger

Generationen, weil diese das ausgeliehene Geld mit Zinsen zurückerhalten.“ Ach, wie naiv! Die „künftigen Generationen“, deren Interesse auch die Privatisierer so heftig zu vertreten behaupten, bestehen nämlich wie schon die jetzigen Generationen aus zwei verschiedenen Gruppen: Der einen Gruppe, die dem Staat Geld leihen kann und dafür jahrzehntelang Zinsen zurückerhält, und der anderen Gruppe, die dem Staat kein Geld leihen kann, aber mithelfen bzw. bluten muss, damit die Zinsen gezahlt werden können.

Hier müssen andere Maßnahmen ergriffen werden: Schuldenerlass. Wer wie die Privatisierungsakteure den „Charme der Staatsverschuldung“ auskostet und damit die Bedingungen immer weiterer Staatsverschuldung schafft und dem Staat immer weitere Kredite gibt und dabei nicht nur in Kauf nimmt, sondern mitorganisiert, dass die Verschuldung immer weiter anwächst und auf dem eingeschlagenen Wege nie mehr aufgelöst werden kann: Der hat kein Recht auf Rückzahlung der offenen und verdeckten Kredite. Illegitime Schulden müssen, ja dürfen aus demokratischer Verantwortung nicht zurückgezahlt werden.

Wenn es das Ziel von Investitionen ist, Arbeitsplätze zu schaffen, dann ist es offensichtlich systemwidrig, dass diejenigen, um deren Arbeitsplätze es geht, nämlich die jetzigen und zukünftigen Beschäftigten, weiter von Investitionsentscheidungen ausgeschlossen bleiben. Das gilt für private wie öffentliche Unternehmen. Wenn die Beschäftigten von Entscheidungen ausgeschlossen bleiben, bleibt die vorherrschende Arbeitsplatz-Lüge („wenn die Rahmenbedingungen für Investoren erleichtert werden, gibt es neue Arbeitsplätze“) für das gegenwärtige Wirtschafts- und Politiksystem konstitutiv. Aber auch hier gibt es kein Zurück zum alten Zustand. Die „Mitbestimmung“ in der bisherigen Form oder was von ihr übrig geblieben ist, ist durch beide Seiten diskreditiert, durch die Eigentümer, aber auch durch die Gewerkschaften.

Notwendig ist eine ökonomische Selbstqualifizierung. Die Privatisierer haben bisher bei ihrem Eindringen in die öffentliche Meinung und auch in Schulen und Hochschulen umso leichteres Spiel als die vorherrschende bürgerliche Kultur nur noch ein dünner Firnis ist (der gerade deshalb umso liebevoller popularisiert wird).

---

**Buchveröffentlichungen von Werner Rügemer**

arm und reich. Bielefeld 2003.

Cross Border Leasing. Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte. Münster 2005, 2. Auflage

Colonia Corrupta. Privatisierung, Globalisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels. Münster 2006, 5. Auflage

Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft. Bielefeld 2004

Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Münster 2006, 3. Auflage

Ruegemer, Werner: Privatisierung als neoliberale Staatsumgründung und die Alternative einer kooperativen Ökonomie. S. 140-154 in: Horst Müller (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Kritik, Analytik, Alternativen. BoD-Verlag, Norderstedt 2007. ISBN 978-3-8334-9769-8  
Ein Textangebot des Portals <http://www.praxisphilosophie.de>  
Ausdruck und Veröffentlichung bitte mit dieser Quellenangabe